

Die letzten Ausländer in Sowjetrußland

Wir bereiten uns auf den russischen Winter vor. Werden wir ihn noch erleben?

Ob man Deutscher, Franzose, Engländer, Amerikaner oder sonst etwas ist, jeder steht jetzt vor dieser Frage. Gestern abend habe ich einen amerikanischen Ingenieur an die Bahn begleitet — er hatte Rußland, das er erst seit sechs Wochen im Auftrag einer großen amerikanischen Elektrizitätsfirma bereiste, bereits wieder verlassen müssen. „Vertragsgemäß“ sollte er ein Jahr bleiben. „Innerhalb 48 Stunden“, lautete der Bescheid der GPU. Er hatte seine Botschaft, das Wirtschaftskommissariat und was weiß ich noch angerufen. Alles vergeblich.

Es ist nie einfach für einen Ausländer gewesen, in der Sowjetunion zu leben — als „Repräsentant der Bourgeoisie“, als „Vertreter des Weltkapitalismus“ hat man hier immer auf exponiertem Boden gelebt. Man war höflich kühl gegenüber — es war nicht angenehm, aber die äußeren Formen des Anstandes wenigstens wurden gewahrt. Nichts mehr von all dem heute. Das Trommelfeuer, das nun schon fast seit Beginn dieses Jahres auf die Ausländer niederprasselt, hat sich von Monat zu Monat verstärkt und es wird wohl erst dann sein Ende finden, wenn — auch der letzte fremde Staatsbürger das „Sowjet-Paradies“ verlassen hat. Die Beschimpfungen gegen uns beginnen, wenn man am frühstückstisch seine Zeitung aufschlägt. „Spion“ — „spg“ — „L'Espion“ — in allen Sprachen der Welt wirft man uns das Wort „Spion“ entgegen. Aber das ist nur der mildeste Ausdruck. Er wird fortgesetzt durch lange Berichte über „Aufdeckung einer ausländischen Sabotageaktion“. Er findet seinen Höhepunkt in der „Enthüllung“ einer „Verschwörung“, eines „Mordkomplotts“, das „natürlich“ von Ausländern angezettelt wurde.

Wenn man das Trommelfeuer, das da durch Zeitung und Lausprediger Tag für Tag, Stunde um Stunde auf die Rufen niederprasselt, miterlebt, dann versteht man, weshalb sich die Leute mit scheuem Blick umwenden, wenn man auf der Straße oder im Geschäft ein englisches oder gar deutsches Wort spricht. Auf eine Frage in einer fremden Sprache wird man heute in ganz Moskau kaum mehr Antwort bekommen — die einzige Antwort ist ein erschrockenes Zurückweichen.

Der juchtausgleichliche Zustand, in dem wir alle, die wir Ausländer sind, heute im „Sowjet-Paradies“ leben, kommt einem so recht zum Bewußtsein, wenn ein Besuch von außerhalb eintrifft. Vor ungefähr 14 Tagen besuchte mich ein englischer Kaufmann, Mr. Brown aus Manchester. Ich sagte ihm beim Tee, als er einige spöttische Bemerkungen machte, daß Vorrecht gegenüber besonders angebracht sei. Er lachte und antwortete: „Ja, ich weiß, hier in Rußland ist man immerzu bewacht. Vor meiner Reise hat man mir die Geschichte von einer unserer Lady's erzählt, die meinte, in Moskau allein spazieren zu gehen. Irrendwo, vor einer besonders schönen alten Mauer, zog sie ihren Photoparat aus der Tasche und knipste. Schon stand ein GPU-Beamter an ihrer Seite, der sie natürlich verfolgt hatte, und will ihr einfach den Apparat wegnehmen. Da tritt auf sie ein gutaussehender Herr zu, begrüßt sie freundlich und beginnt dann mit dem GPU-Beamten zu reden. Das war ein Beauftragter von „Intourist“, dem Sowjetreisebüro, der den Auftrag hatte, der Lady unauffällig zu folgen. Ja, ich weiß, hier muß man vorsichtig sein.“

Ich sah meinen Geschäftsfreund etwas erstaunt an. Man nennt oben immer noch, wenn man spürt, wie sich Fremde heute das Leben in Rußland vorstellen. Und ich erzählte meinem Engländer darauf die Geschichte meines Landsmannes, der auch eine Mauer hatte fotografieren wollen. Er hat dann sechs Wochen in den Kerker der GPU gefessen. Als er auf das Drängen seiner Gefolgschaft endlich über die Grenze abgehoben wurde, glich er mehr einem Toten als einem Lebenden.

„Aber der Mann muß doch etwas verbrochen haben?“, fragt mich Mr. Brown ganz erstaunt. „Ja“, erwiderte ich, „er war — Ausländer.“

Die 8 Gebote von Moskau.

Ausländer im Jahre 1937 in der Sowjetunion sein, heißt eben:

1. Jeder Schritt, den Du tust, ist überwacht.
2. Jeder Brief, den Du schreibst, den Du empfängst, ist kontrolliert.
3. Jedes Photo, das Du besitzt, und in letzter Zeit auch jede Grammophonplatte, wird beschlagnahmt.
4. Jedes Telefongespräch, das Du führst, wird überhört.
5. Jeder Rufse, mit dem Du sprichst, wird einem Kreuzverhör unterzogen. Ist er „unbeliebt“, genügt die Tatsache einer solchen Unterhaltung allein, ihn für Monate einzukerkern.
6. Jedes Geschäft, das Du zu machen veruchst, ist nichtig, wenn es dem Wirtschaftskommissariat nicht gefällt.
7. Jeder Vertrag, den Du schließt, kann morgen als gegen die „Völkerrechte“ verstoßend außer Kraft gesetzt werden.
8. Jedes Geld, das Du erwirbst, ist nicht Dein Eigentum, denn sowie Du ausgewiesen bist, droht Beschlagnahme Deines gesamten Vermögens sowie aller Möbel, Silber und anderer Güter.

So sitzen wir hier in Moskau — ein paar Hundert noch. Wer konnte, ist schon lang abgereist. Die meisten der anderen sind ausgewiesen. Wir sind die letzten und wollen ausharren bis zu jenem Augenblick, in dem kein privater Ausländer mehr in Sowjetrußland sein wird. Kein Russe wagt mehr mit uns zu sprechen; ihn zu einer Gesellschaft einzuladen, wäre gleichbedeutend mit der Aufforderung, ein paar Monate in die Kerker der GPU zu gehen. Wir sehen keinen Fremden mehr;

wir sehen kaum uns noch untereinander. Wir sehen uns nur umgeben von Spionen, Verrätern, Agenten.

Wir wollen nichts als unsere friedliche Pflicht erfüllen, der eine als Kaufmann, der andere als Techniker, der dritte als Journalist. Aber das Sowjetreich, bebend in seinen auf Mord u. Brand gebauten Mauern, braucht einen „Sündenbock“. Einer muß schuld sein, wenn die Fabriken, unsachgemäß geleitet, nicht funktionieren. Einer muß vor dem Volk die Verantwortung tragen, wenn Bergwerkskatastrophen und Explosionsunglücke, die durch Fahrlässigkeit, Unordnung und Bewusstlosigkeit der Sowjetbürokratie verursacht wurden, Hunderte von Menschenleben fordern. Einer muß schuld sein, wenn der „brave, friedliche Sowjetbürger“ sich in Verzweiflung gegen die fürchterlichen Terrormaßnahmen der „Genossen“ aufbäumt. Dazu braucht man die Ausländer. Dazu sind wir heute noch in Rußland gebildet. Wir, die letzten Ausländer in der Sowjet-Union...

London im Nebel

Der November hat es in sich. — Omnibusse kochen.

London, 24. November.

Die Londoner sind schon einiges gewohnt, wenn dicke Nebelschleier jede Sicht in den Straßen unmöglich machen. Ein beliebtes Prozedere in den englischen Kriminalromanen, die von Scotland Yard und der Verbrechenswelt Londons erzählen, ist immer wieder der Nebel, unter dessen Schutzhülle dieser oder jener Mord geschieht; um ewig ungeklärt zu bleiben. Wenn die Nebelschleier sich heben und die Luft etwas klarer wird, da findet der wachhabende Schutzmann an dieser oder jener Straßenecke einen leblosen Körper. So war es vor Jahrhunderten schon, und es wird für die Zukunft kaum anders werden, denn der Nebel in der englischen Hauptstadt ist ein ständig wiederkehrender Gast. Am vergangenen Sonntag war London buchstäblich grau in grau. Gerade in den letzten Novembertagen meißt es der Nebel besonders schlecht mit den Londonern, die zur Zeit an sich schon in konstanten Nerven leiden. Geht doch die Gefahr bedenklich auf, daß die Hauptstadt von der Seuche des Typhus heimgesucht werden könnte, deren Herd heute nicht allein mehr auf Croydon beschränkt ist.

Ein schwarzer Sonntag

Ein Verkehr ist in London nahezu eine Unmöglichkeit, wenn der Nebel, wie am letzten Sonntag, mit Frost und Schnee verbunden ist. An diesem Tag kochten in diesem entsetzlichen Nebel allein vier Omnibusse aufeinander, wobei sechsundzwanzig Menschen mehr oder weniger verletzt wurden. Man versteht es unter solchen Umständen, daß die Hauptstadt für die

Bushkraftfahrer eigene Schulen eingerichtet hat, die die Schüler praktisch unterrichten, jeder Schleuderbewegung der Omnibusse Herr zu werden. Das ist in London bitter nötig, denn Reif und Eis machen die Straßen gefährlich glatt. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß auch Berlin solche Lehrgänge für die Bushkraftfahrer eingerichtet hat und besonders strenge Prüfungen vornimmt. Berlin ist eben mit Recht vorsichtig, obwohl Nebel und Wetter in der Reichshauptstadt mit den grauen Schleiern von London, mit den Gefahren durch Schnee und Eis keineswegs zu konkurrieren braucht.

Ein gefestesgegenwärtiger Vihar

Eines der größten Unglücke an diesem schwarzen Sonntag ereignete sich in nächster Nähe der Emanuelkirche, wo der Vihar gerade eine Andacht abhielt. Zwei Omnibusse stürzten aufeinander, wobei 17 Insassen verletzt wurden. Die Verletzten wurden in den Vorraum der Kirche getragen. Ihr Leben hing davon ab, daß Verbandzeug zur Stelle war. Der Vihar war gefestesgegenwärtig und entschlossen genug, sein weißes Gewand in schmale Streifen zu zerreißen, die als Rotverband dienten. Bis dann die Verletzten im Krankenhaus ihre ärztliche Pflege fanden.

Nebel und Frost breiteten sich über große Bezirke von England bis nach Schottland hinaus demmaßen aus, daß nicht nur in der Hauptstadt selbst, sondern auch im Lande schließlich der Verkehr teilweise gänzlich ruhen mußte. Auch die Luftlinien waren davon betroffen, der Weg über den Kanal nach dem Kontinent konnte sich nach den vorhandenen Nachrichten nicht reibungslos und ohne Gefahren abwickeln.

Eine Rebenerscheinung der großen Londoner Nebelplage verdient vielleicht als typisch erwähnt zu werden. Eine Frau, Katharina Ellacott, ist seit Sonntag vermißt. Die Polizei hat ihre besten Hunde auf die Spur der 33jährigen Vermissten gesetzt, die zunächst auch die Spur ausnahmen. Der Vihar brachte es aber mit sich, daß die Hunde die Witterung verloren und die Suche nach der Vermissten schließlich aufgegeben werden mußte.

Das Schlimmste aber: Typhus

Besonders beunruhigt fühlen sich die Londoner allerdings durch die Typhusfälle am Südrande der Stadt, zumal sich die Voraussage des Gesundheitsamtes nicht erfüllt, daß der Höhepunkt der Epidemie überschritten sei. Im Gegenteil, in Croydon nimmt die Zahl der Todesfälle wie die der Erkrankungen zu. Nun kommt die Schredensnachricht, daß auch in einer westlichen Vorstadt Londons, in Kennington, Typhusfälle verzeichnet werden müssen, die ebenfalls Todesopfer gefordert haben. Ein Fall in Kennington liegt dadurch besonders tragisch, als fünf Familienmitglieder von der Epidemie erfaßt wurden und Vater und Mutter bereits tot sind. Das zuständige Ministerium erklärt, daß die Epidemie in Croydon nichts mit der in Kennington ursächlich zu tun hätte. Die bakteriologische Untersuchung des Trinkwassers wird fortgesetzt, ohne daß bisher ein positives Ergebnis gefunden werden konnte, desgleichen beweist die Ausbreitung der Krankheit, daß bislang auch die Mittel, die Epidemie zu bannen, leider versagen. Zwischen durch wurde die Bevölkerung der betroffenen Ortsteile auch noch dadurch alarmiert, daß Gerüchte einer Diphtherieepidemie auftraten. Diese Gerüchte fanden keine Bestätigung.

Enteignung der Betriebe von Creusot?

Paris, im November 1937.

In den Höhen zwischen Saone und Loire, in dem Departement gleichen Namens, etwa 800 km südlich von Paris, liegt die nur 2000 Einwohner zählende Stadt Creusot und mitten in dieser Ortschaft sowie am Rande, getrennt voneinander durch den Orstteil mit dem Rathaus, die Anlagen von Schneider, durch die Creusot zu einem der bekanntesten Orte der Welt wurde. Schneider-Creusot ist ein Begriff. Jeder weiß, daß diese Firma der Rüstungslieferant der französischen Armee ist und insbesondere Artilleriematerialien liefert, aber auch Panzerplatten, Torpedos und Minen für die Marine und Motoren für die Flugzeuge. Jeder weiß, daß wohl kein Rüstungskonzern so enge Beziehungen zum Ausland unterhält wie dieser, so vor dem Kriege vor allem nach Rußland und jetzt zu den Schadowerken in der Tschekoslowakei und daß von niemandem so viel Rüstungsmaterialien ausgeführt werden wie von Schneider. Dadurch wurde Schneider auch zu einem politischen Machtfaktor. Der Kampf um Schneider-Creusot steht seit Jahrzehnten mit im Vordergrund der französischen Innen- und Wirtschaftspolitik. In diesem Kampf wurde eine wichtige Etappe dadurch erreicht, daß das Kriegsministerium am 28. August die Einzelheiten für die Enteignung eines Teils der Anlagen von Creusot am 27. September erlassen, die Firma aber hiergegen beim Staatsrat Einspruch erhoben hat.

Ausgangspunkt dieses wichtigen staatlichen Eingriffes ist das Gesetz vom 11. August 1936. Dieses sieht vor, daß bis 31. März 1937 gemäß Vorschlägen der Minister der Verteidigung und des Krieges, der Marine sowie der Luftwaffe Rüstungsbetriebe ganz oder teilweise verstaatlicht werden könnten und daß die weiteren Anordnungen, wie die oben erwähnte vom 28. August von den Ministerien zu erlassen sind. Diefem Gesetz muß sich auch Schneider-Creusot beugen, aber die Firma behauptet, daß die Anlagen von Creusot nicht unter dieses Gesetz fallen, denn sie dienen, wenn sie auch im Ernstfall auf die Herstellung von Rüstungsmaterialien umgestellt werden können, zur Zeit friedlichen Zwecken, wie dem Bau von Eisenmaterialien und Maschinen. Die Anlagen von Creusot sind heute eben nur noch Ausgangspunkt eines weltweiten Unternehmens. Die Anschrift der Generaldirektion ist auch nicht mehr Creusot, sondern Schneider et Cie., 42, Rue d'Anjou, und der Chef des Hauses, Eugen Schneider, wohnt vorwiegend in einer der luxuriösen Straßen an den Ufern der Seine.

In Creusot hehen sich vor nunmehr gut hundert Jahren die aus dem Saargebiet stammenden Brüder Eugen und Adolf

Schneider nieder. Sie gründeten dort 1836 die jetzige Firma als Roumanbilgesellschaft auf Aktien mit einem Kapital von 4 Millionen. Zur Herstellung von Rüstungsmaterialien gingen sie aber erst 1888 über, nachdem gefehlige Schrotkanten gefallen waren und das Ausfuhrgeschäft in den Vordergrund getreten war. Dieser neue Zweig des Unternehmens nahm einen gewaltigen Aufschwung, so daß die Betriebe von Creusot nicht mehr genügt. 1897 wurden Werkanlagen in Le Havre erworben und etwas später weitere Werke in der Umgebung von Le Havre, bei Harfleur und Le Hoc, errichtet. Dorthin und nach La Londe-les-Marees, gelegen an den Küsten des Mittelmeeres, wurde immer mehr die Erzeugung von Rüstungsmaterialien verlagert. Dies vor allem, als die Regierung 1926 die Firma Schneider um eine Erweiterung der Fabriken bat. Seitdem liegen die französischen Rüstungsfabriken an der Seinemündung, in der Gegend von Le Havre. Von dort wird vor allem auch das ergiebige Ausfuhrgeschäft gepflegt, denn etwa vier Fünftel der dort hergestellten Geschosse wird aus Ausland geliefert. Diese Ausfuhr wird übrigens von der Regierung nicht nur gebuldet, sondern begünstigt, da sich während des Weltkrieges gezeigt hat, von welchem großen Vorteil es für Frankreich ist, wenn während eines Krieges der französischen Armee die bei Auslandslieferungen gemachten Erfahrungen zur Verfügung gestellt werden können.

Als die Regierung Rum auf Grund des Gesetzes vom 11. August 1936 eine Enteignung dieser Anlagen an der Seinemündung wie auch der in La Londe anordnete und später die Ueberführung dieser Betriebe in staatliche Regie für den 27. Juni bzw. 1. Juli festgesetzt wurde, mußte die Leitung von Schneider-Creusot sich fügen, denn es handelte sich hier um Betriebe, die fast ausschließlich Rüstungsmaterialien herstellen. Die Firma Schneider hat zwar unterstrichen, daß dieser Schritt unsäglich sei, zumal die Geschichte der französischen Rüstungsindustrie zeige, daß die privaten Betriebe dank der Initiative der Unternehmer mehr leisteten als die staatlichen Arsenale, aber dertartigen Protesten kam keine Bedeutung mehr bei, denn durch das Gesetz sind sie juristisch hinfällig geworden.

Dagegen nahm der Schneider-Konzern die Entscheidung über die Anlagen in Creusot nicht an, da hier zur Zeit Rüstungsmaterialien nicht herzustellen werden. Die Regierung trug keinen Einwand dadurch Rechnung, daß die Verstaatlichung nur einen Teil der Anlagen betraf, aber die Leitung von Schneider war damit nicht zufrieden, da durch diesen Eingriff der Gesamtbetrieb zu sehr gestört und insbesondere die Rentabilität in Frage gestellt wird. Die Firma steht hierin einen rein politischen Schritt. Die Regierung wolle dadurch der in weiten Kreisen vorherrschenden Auffassung Rechnung tragen, daß in Le Creusot nur Kanonen fabriziert würden und von hier alle Vorkriegsleistungen zur Unterabung der Friedensarbeit ausgingen. Das sei aber nicht der Fall.

Durch das Abstreiten der Anlagen an der Seinemündung und bei La Londe und durch die eventuelle Ablieferung eines Teils des Stammvertrages in Le Creusot erleidet die Firma erhebliche Einbußen, aber keine entscheidenden, denn die Herstellung von Rüstungsmaterialien ist nur ein Gebiet dieses umfassenden Konzerns, der seine ersten großen Geschäfte mit der Lieferung von Eisenbahnmaterialeien machte, diese Reis sehr gepflegt hat und seitdem einen Zweig nach dem anderen aufgenommen hat, so jetzt wohl alle Arten von Maschinen herstellt. Außerdem hat der Konzern einen erheblichen Einfluß auf die Elektroindustrie, auf Banken und vor allem aus ausländische Unternehmungen genommen. Es ist wohl das umfangreichste und vielfältigste französische Unternehmen, das aber dabei im wesentlichen im Besitz der Familie Schneider geblieben ist. Formell ist es zwar eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von übrigens nur hundert Millionen Franken, also nicht einmal 85 Millionen RM., aber nur wenige Aktien werden an der Börse gehandelt und die Aktionäre haben nichts zu sagen. Es werden auch kaum Berichte ausgeben, sondern alles bleibt im kleinen Kreis der Familie. Jetzt aber hat die Firma zu entscheiden, ob Näheres über die letzten Maßnahmen der Regierung der Öffentlichkeit mitgeteilt werden soll. Geschieht dies, dann wird es sicherlich zu einem politischen Kampf um Schneider-Creusot kommen.

Der ungarische Ministerpräsident besucht den märkischen Erbhof

Der ungarische Ministerpräsident von Daranyi besuchte gestern den Erbhof des Bauern Luther in Leutenberg in der Mark. Vom Nachbargut waren einige zur Zeit dort beschäftigte Landarbeiter erschienen, um ihren Landsmann zu begrüßen.

Presse-Hoffmann, Zander-W.)

